

## **Gesetz über die politischen Rechte (GPR)**

**(Änderung vom 23. April 2012;  
Abschaffung des konstruktiven Referendums)**

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 28. Oktober 2011<sup>1</sup>,

*beschliesst:*

I. Das Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003 wird wie folgt geändert:

§ 59. <sup>1</sup> Der Regierungsrat legt das Datum einer Volksabstimmung so fest, dass sie innert sieben Monaten durchgeführt wird

c. Kantonale  
Abstimmungen

lit. a und b unverändert;

lit. c wird aufgehoben.

Abs. 2–4 unverändert.

§ 64. Abs. 1 und 2 unverändert.

Beleuchtender  
Bericht

<sup>3</sup> Der Beleuchtende Bericht wird in der Regel von der Exekutive verfasst. Das Parlament kann dies seiner Geschäftsleitung übertragen oder sie mit der Formulierung der Minderheitsmeinung gemäss Abs. 1 lit. b beauftragen.

Abs. 4 unverändert.

§ 140. Gegenstand, Urheberschaft und Fristen des Referendums bestimmen sich nach Art. 32 und 33 KV<sup>2</sup>.

Gegenstand,  
Urheberschaft,  
Fristen

§ 142. <sup>1</sup> Die Unterschriftenlisten für ein Volksreferendum enthalten folgende Angaben:

Volks-  
referendum

lit. a–c unverändert.

a. Unter-  
schriften

Abs. 2–4 unverändert.

§ 143. <sup>1</sup> Die Prüfung der Unterzeichnungen und das Zustandekommen eines Volksreferendums richten sich nach den entsprechenden Bestimmungen über die Volksinitiative.

b. Zustande-  
kommen

Abs. 2 unverändert.

<sup>3</sup> Das Zustandekommen eines Volksreferendums wird nicht geprüft, wenn gegen die betreffende Vorlage ein Kantonsratsreferendum oder ein Gemeindereferendum zustande gekommen ist.

§§ 143 a–143 d werden aufgehoben.

§ 143 e wird zu § 143 a.

II. Nachfolgende Gesetze werden wie folgt geändert:

**a. Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926<sup>3</sup>**

2. Fakultatives  
Referendum

§ 92. Abs. 1 unverändert.

Abs. 2 wird aufgehoben.

**b. Kantonsratsgesetz vom 5. April 1981<sup>4</sup>**

Verhandlungs-  
gegenstände

§ 12. Verhandlungsgegenstände des Kantonsrates sind:

lit. a–c unverändert;

d. Volksinitiativen, Einzelinitiativen und Behördeninitiativen,

lit. e–l unverändert.

**Übergangsbestimmung zur Änderung vom 23. April 2012**

Hat der Kantonsrat vor Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung eine Vorlage beschlossen, so gilt für das Referendum das bisherige Recht.

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident: Die Sekretärin:

Jürg Trachsel Brigitta Johner-Gähwiler

*Der Regierungsrat beschliesst:*

Die Änderung vom 23. April 2012 des Gesetzes über die politischen Rechte (Abschaffung des konstruktiven Referendums) wird auf den 1. Mai 2013 in Kraft gesetzt ([ABl 2013-02-08](#)).

30. Januar 2013

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:  
Kägi

Der Staatsschreiber:  
Husi

---

<sup>1</sup> [ABl 2011.3157.](#)

<sup>2</sup> [LS 101.](#)

<sup>3</sup> [LS 131.1.](#)

<sup>4</sup> [LS 171.1.](#)